



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

26. August 2005

**Uwe Schummer (MdB), Berufsbildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt zur angespannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt:**

„Auch in diesem Ausbildungsjahr droht eine Lücke von 30.000 Ausbildungsplätzen. Dies ist ein Versagen der Bundesregierung, die das neue Berufsbildungsrecht nur schleppend umsetzt. Die Überprüfung der bestehenden Ausbildungsberufe, ob Stufenabschlüsse möglich sind, ist nicht erfolgt. Bisher gibt es bei rund 360 Ausbildungsberufen lediglich 23 Stufenausbildungen. Die Stufenausbildung schafft Zwischenabschlüsse. Dies hilft praktisch begabten Jugendlichen. In der ersten Stufe zum Krankenpflegerhelfer, danach die zweite Stufe zum Krankenpfleger. Wer dies nicht will oder kann, dem soll die Möglichkeit eröffnet werden, über berufliche Praxis und Ausbildungsmodule die zweite Stufe nachzuholen. Das Alles-oder-Nichts-Prinzip darf es nicht mehr geben.

Den Vorschlag der nordrhein-westfälischen Landesregierung, den wöchentlichen Berufsschulunterricht für die Auszubildenden in dafür geeigneten Ausbildungsberufen auf einen Tag zu reduzieren, unterstütze ich. Nicht nur in der Grundschule, auch in der Berufsschule muss Ganztagsunterricht möglich sein. Dadurch kann der wöchentliche Berufsschulunterricht für die Auszubildenden auf einen Tag oder auf einen effektiveren Blockunterricht verringert werden.

Die Bundesregierung gibt allein in diesem Jahr 1,45 Mrd. € für „Ich-AGs“ aus. Die „Ich-AGs“ zerstören Arbeits- und Ausbildungsplätze. Statt das Geld für ausbildungsfeindliche Maßnahmen zu verschwenden, sollten betriebliche Ausbildungsplätze gefördert werden.

**PRESSMITTEILUNG**



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

Ausbildungshemmende Regelungen müssen abgebaut werden, so die Verpflichtung zur Übernahme von Auszubildenden. Bei der Höhe der Ausbildungsvergütung muss mehr Flexibilität gelten. Für zwei Drittel der nicht ausbildenden Betriebe sind die Kosten, die ein Lehrling verursacht, ursächlich für die mangelnde Bereitschaft zum Ausbilden. Ferner sollten Auszubildende bei Schwellenwerten im Arbeitsrecht nicht mitgezählt werden.“

**PRESSMITTEILUNG**